www.evp-ar.ch

Evangelische Volkspartei

akzente.

Kanton Appenzell AR

No. 37 Januar 2016

Mit-Bestimmen

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser

Viele sind der Meinung "die da oben machen ohnehin was sie wollen" oder "es ist sowieso das Geld das regiert"
Dies ist tatsächlich nicht auszuschliessen. Dennoch deswegen auf's Mitbestimmen zu verzichten ist eine schlechte Option.
In dieser Ausgabe der Akzente, nach einer etwas längeren Pause, geben wir Ihnen verschiedene Anstösse, sich politisch wachsam zu halten und von diesem wertvollen Recht der Mitbestimmung Gebrauch zu machen, selbst wenn man sich auf verlorenem Posten wähnt.
Es mag sein, dass die vier demnächst zur Abstimmung stehenden Themen nicht alle Bürger gleich interessieren. Auswirkungen haben die Resultate aber mit Bestimmtheit. Aus christlicher Sicht ist nicht nur die sogenannte Durchsetzungsinitiative der SVP und die Initiiative zur Begrenzung der Nahrungsmittelspekulation der JUSO von gewisser Brisanz. Auch die Verkehrspolitik betrifft viele und da können durchaus Aspekte der "Wachstumsbegrenzng" zum Schutze der Schöpfung und betroffener Mitbürger hinein fliessen. Spannend wird auch die Volksmeinung zum Thema Heiratsstrafe. Elgentlich ein unglücklicher und leicht missverständlicher Begriff. Es ist zu hoffen, dass die darin enthaltene Diskussion zum Ehebegriff viele Christen mobilisiert, ihrer Überzeugung an der Urne Audruck zu verleihen. Nicht gegen jemanden, sondern für eine göttliche Idee, die wir Menschen nicht dem Zeitgeist opfern sollten!

In diesem Sinne wünschen wir motivierendes Lesen, das vielleicht in lebhaften Diskussionen an der Parolenfassung (s. Beilage) eine Fortsetzung findet.

Egon Graf
Redaktion

Die Schweiz zum Nulltarif?

Leitartikel

Soeben ist der Song 'Roubtier' im Casino Herisau verklungen. Er beschreibt die finanzielle Situation unterschiedlicher Menschen. Vorne steht Büne Huber von Patent Ochsner und parodiert Daniel Vasella: If you run after profits, if you run after the money, you forgot what you're really here for'. Er übersetzt frei: 'wenn du nume uf e Profit luegsch und de nume de Chole nachesecklisch de vergissisch, werum di der Herrgott uf d Wäut gschteut het'.
Büne Huber erzählt wie Daniel Vasella die Schweiz verlässt, weil die Steuerbelastung für ihn zu gross geworden sei. Bei einem Vermögen von 250 Mio gehe dies ins Geld, viel mehr als bei Normalverdienern. Er könne es sich nicht mehr leisten so viel für Strassen, Schulen und die Verwaltung zu bezahlen und ziehe nach Monaco.

Ich denke weiter: Daniel Vasella war nicht mehr bereit, den Preis für einen Wohnsitz in der Schweiz zu bezahlen. Was ist der Preis für ein Leben in der Schweiz? Was hat zu unserem unglaublichen Reichtum geführt? Unser Fleiss? Unsere Demokratie? Unser christlich-abendländisches Erbe? Und wo steuern wir hin? Ist wirklich nur Steuern zahlen der Preis oder braucht es mehr? Abstimmen? Mitbestimmen? Verantwortung übernehmen?

Szenenwechsel:
Ich stehe auf dem Obstmarkt in Herisau und sammle mit einigen anderen EVP-ler/innen Unterschriften gegen das Fortpflanzungsmedizin-Gesetz. Es ist nicht einfach den Marktbesuchern die Argumente darzulegen. Wir wissen auch noch nicht, ob das Referendum überhaupt zustande kommt. Ist unser Engagement vergeblich oder tragen gerade unsere gesammelten Unterschriften dazu bei, dass das Schweizervolk über das Gesetz abstimmen kann?

Im Rückblick kann ich sagen: Die Investition von vier Stunden an der Kälte, argumentieren und überzeugen haben sich gelohnt. Wir haben 'den Preis bezahlt' den die Demokratie immer wieder fordert: Engagement ohne sichere Aussicht auf Erfolg. Vielleicht sogar Einsatz mit dem Wissen, dass ein Vorstoss abgelehnt wird oder eine Abstimmung verloren geht. Dies ist immer noch besser als sich zu verabschieden. Sei es nun nach Monaco oder in die eigenen vier Wände oder ins traute warme Nest von Gleichgesinnten. Die Schweiz gibt's eben nicht gratis!

PS: Gemeinden suchen immer wieder nach Amtsträgern, Parteien nach (Vorstands-)Mitgliedern.
PPS: Jesus Christus hat den Preis ebenfalls bezahlt.

Mathias Steinhauer
Co-Präsident EVP AR

Kantonale und regionale Politik

Aus dem Kantonsrat

Prämienverbilligung

Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) soll die Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen entlasten, so will es das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Art. 65 Abs. 1).
Die Umsetzung der IPV überlässt der Bund den Kantonen. In unserem Kanton wird gegenwärtig das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, in welchem die Umsetzung der IPV geregelt ist, teilrevidiert. **Das Geschäft wird am 22.02.16 im Kantonsrat in 1. Lesung beraten.**
Da das heutige Gesetz nur sehr beschränkt Anpassungen bei der Verteilung der finanziellen Mittel zulässt, profitieren Familien mit mehreren Kindern überproportional, alleinstehende und alleinerziehende Personen hingegen **werden nur geringfügig finanziell entlastet.**
Die vom Regierungsrat anvisierte Bezugsquote von 30% liegt deutlich über dem heutigen Stand von 22% der Bevölkerung, welche zur Zeit von der IPV profitieren. Der Regierungsrat hat mit dem heutigen Gesetz nur wenig Optionen diese Bezugsquote zu beeinflussen und die vorhandenen Mittel gerecht zu verteilen. Ziel der Teilrevision ist es, dem Regierungsrat mehr Flexibilität bei der Zuteilung der durch den Kantonsrat gesprochenen Mittel zu geben.
Grundsätzlich begrüsse ich die Flexibilität, sie birgt aber auch Risiken. Aus meiner Sicht müsste die Bezugsquote von 30% gesetzlich verankert, sowie ein Mindestbeitrag des Kantons festgelegt werden. Nur so kann keine Sparübung auf Kosten der finanziell Benachteiligten erfolgen.

Balz Ruprecht
Kantonsrat EVP AR

Aus dem Einwohnerrat

Zukunftswerkstatt Herisau

2015 gab es diverse Arbeitsgruppen mit Freiwilligen, welche sich über die Zukunft und die Belebung von Herisau Gedanken machten. Ich war in der Gruppe, welche Usegstuehlet organisierte, mit dabei. Die Vorbereitungen waren spannend und intensiv und die Zusammenarbeit in der Gruppe sehr positiv. Wir haben uns gefreut, dass am Anlass so viele Herisauerinnen und Herisauer mitgemacht haben – und natürlich auch über alle Besucher. Bei der Auswertung sind wir zum Schluss gekommen, dass es auch im 2016 diesen Anlass geben soll. Also vormerken: Am 27. August 2016 findet Usegstuehlet wieder statt!

mehr unter: www.herisau-vorwaerts.ch
David Ruprecht Einwohnerrat EVP AR

Nationale Politik

Abstimmungsthema

eg 80'000 Ehepaare bezahlen mehr Bundessteuern als sie als Konkubinatspaar bezahlen müssten. Die Initiative macht klar, dass Ehen als Wirtschaftsgemeinschaft anzusehen sind. Die Individualbesteuerung als Lösung des **Heiratsstrafe-Problems** würde gewichtige Nachteile aufweisen. So u.a. bedeutenden Mehraufwand für Ehepaare und die Steuerbehörden und unter dem Strich erst noch Mindereinnahmen für den Bund. Der im Initiativtext enthaltene **Ehebegriff** entspricht der gängigen Definition der Ehe in der Verfassung, der Rechtsprechung und der europäischen Menschenrechtskonvention. Es ist nur zu begrüssen, dass ein zukünftiger Versuch, diese Definition zu ändern, einer Verfassungsänderung bedürfte. Eigentlich wäre die Initiative in dieser Form im Parlament beinahe einem Gegenvorschlag zum Opfer gefallen. Eine Annahme der Intiative bedeutet also auch ein Bekenntnis der Stimmbürger zum Begriff Ehe, als Verbindung zwischen Mann und Frau.

Eine Initiative will **Börsenspekulationen mit Agrar-Rohstoffen und Nahrungsmitteln einschränken.** Es sollen nur noch Akteure, die direkt mit den Rohstoffen und Lebensmitteln arbeiten (Produzenten, Verarbeiter etc.), zwecks preislicher und terminlicher Absicherung, mit Finanzprodukten handeln dürfen, die sich auf Agrar-Rohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen.
Preisschwankungen auf dem Nahrungsmittelmarkt haben in Entwicklungsländern dramatische Auswirkungen. Menschen, die 50-90% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, werden dadurch in den Hunger getrieben. Gerade für Kinder ist Unterernährung kein vorübergehendes Problem, sondern hinterlässt lebenslängliche Schäden. Mit einer stärkeren Regulierung der Spekulation kann den Preisschwankungen die Spitze gebrochen werden.

Nationale Politik

Abstimmungsthema Fortsetzung

Der Anspruch von Börsenspekulanten auf Kapitalgewinne darf nicht höher gewertet werden, als die dadurch entstehende Gefahr von Hunger.

Die Anliegen der EVP: Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde. können auf diese Weise den Benachteiligten dieser Welt **eine Stimme geben.** Es ist eigentlich schade, dass diese Initiative nicht von christlicher Seite lanciert wurde.

Der **Gotthard-Strassentunnel** muss in rund 10 Jahren umfassend saniert werden. Der Bundesrat beantragte zu diesem Zweck eine Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr. Diese sieht vor, eine zweite Tunnelröhre ohne Kapazitätssteigerung zu bauen. Die zweite Röhre soll vor dem Beginn der Sanierungsarbeiten gebaut werden und während den Sanierungsarbeiten befahrbar sein. Danach sollen beide Röhren einspurig in je einer Richtung befahren werden.

Wenn die Röhre aber erst einmal gebaut ist, ist es ein kleiner Schritt, diese vierspurig zu öffnen. Das hierfür Druck gemacht werden wird, ist so sicher, wie die Verkehrszunahme. Die EVP Delegierten fanden, dass damit einerseits der gesetzlich verankerte Alpenschutz und andererseits die Bemühungen, den Schwerverkehr nachhaltig auf die Schiene zu verlagern, torpediert werden. Berechnungen zeigen zudem, dass die Sanierung mit einer zweiten Röhre gegen eine Milliarde Franken teurer kommt. Nicht zuletzt weil es auch verkehrstechnisch Grenzen des Wachstums geben muss, empfiehlt die Mutterpartei ein Nein.

Durchsetzungsinitiative

Die Initiative sei überflüssig, finden auch die Delegierten der EVP, da ihre Forderungen inzwischen bereits umgesetzt seien. Der darin geforderte Ausschaffungsautomatismus verstosse gegen den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit. Die Schweiz ist nicht nur eine Demokratie, sondern auch ein Rechtstaat mit Gewaltenteilung. Das Volk bestimmt die Verfassung, das Parlament schafft die Gesetze, die Regierung setzt diese mit der Verwaltung um, und im Streitfall entscheidet ein Gericht. Diese Initiative hintergeht das Parlament, indem sie ein fertiges Gesetz in die Verfassung schreiben will. Und sie missachtet den Richter, der für ein gerechtes Urteil Handlungsspielraum braucht.

So würde durch die Annahme der Initiative ein Präzedenzfall geschaffen, der einer Art Volksjustiz die Türe öffnet, die gefährliche Züge annehmen könnte. Es ist in vielen Fällen leicht, Massnahmen vorzuschlagen. In der Umsetzung stehen dann plötzlich geschätzte Menschenrechte oder Bürgerrechte im Wege.

Blick nach Bern

Was wurde in der Wintersession bewegt

Das evangelisch-grüne-grünliberale-liberale Ensemble (Balthasar Glättli und Kathrin Bertschy Geigen, Maja Ingold Bratsche und Christa Markwalder Cello) spielt die Landeshymne bei der Vereidigung der neuen Parlamentarier.

Maya Ingold EVP im Parlament gegen die Volksinitiative AHV plus:

Die Initiative will 10% mehr AHV für alle. Weil nicht alle von ihrer unterschiedlich grossen AHV Rente leben können, wurden 1966 die Ergänzungsleistungen geschaffen. Dies bewusst als zwei sich ergänzende Werke der sozialen Sicherheit. Die EL als bedürfnisorientierte Rente. Diese Balance zwischen dem Versicherungsprinzip und dem Bedarfsprinzip hat sich bewährt. In Kombination mit diesem komplementären System kann man das Anliegen der VI als erfüllt betrachten: Die Existenz wird „angemessen", und das heisst konkret, weit angemessener, weil wirklich am Bedarf angepasst, gedeckt. Die EL sind genau dafür gedacht, die individuellen Lücken zu decken und nicht einfach 200Fr. (= AHVplus) mehr ins Portemonnaie zu liefern!

Das löst bei den Wenigsten das Problem. Dafür werfen wir den grössten Teil dieser ca. 5 Mia. Fr./Jahr, die das kosten würde, denen nach, die es überhaupt nicht brauchen? Es wäre eine Lösung, die soviel kostet und so ineffektiv ist, dass es sozialpolitisch unverständlich ist, dass man so viel Mehrkosten in Kauf nehmen will für den Nutzen für so wenige.

Ausserdem schürt die VI den Generationenkonflikt! Aus dem Gesichtspunkt der Enkeltauglichkeit gehört eine solche VI verboten.

Die Volksinitiative wurde nach 5-stündiger hochideologischer Debatte mit 131:49 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Vorstand

Rückblick und Ausblick

Nach dem enttäuschenden Wahlfrühling und den verlorenen Abstimmungen zur Erbschaftssteuerreform und dem Verfassungsartikel zur PID ging das Jahr doch noch versöhnlich zu Ende: Das Referendum gegen das Fortpflanzungs-Medizin-Gesetz ist zustande gekommen. Damit werden wir vermutlich in Juni darüber abstimmen können, wie weit die Medizin gehen darf. Daneben geht es bereits im Februar u.a. um die Heiratsstrafe oder die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels. Themen die aus Sicht der EVP ebenfalls wichtig sind.

Der Vorstand wünscht allen Leserinnen und Lesern den Durchblick und die Weisheit bei den politischen Entscheidungen und den Mut zum persönlichen Engagement. Vor allem aber wünschen wir Gottes reichen Segen.

Mathias Steinhauer
Co-Präsident EVP AR

Parolen der Mutterpartei zur Volksabstimmung vom 28. Februar 2016:

Ja zur Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe, für Ehe und Familie (95:10)
Nein zur 2. Gotthardröhre (zu 2 Mio Lastwagen pro Jahr) (108 : 25)
Ja zur Initiative gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln (86 : 15)
Nein zur Durchsetzungsinitiative (Bevormundung des Parlaments) (134 : 0)

Aktuelle Termine

Dienstag 9. Februar 20:00 Uhr
Parolenfassung für die eidg. Abstimmung
Restaurant Linde , Teufen

Mittwoch 10. Februar 20:00 Uhr ,
Parolenfassung für die eidg. Abstimmung
Ort: EMK Kapelle Poststrasse 14 Herisau
(s. Beilagen)

Montag 22. Februar 8:15 Uhr
Kantonsratssitzung
Regierungsgebäude Herisau

Sonntag 28. Februar
Eidg. Abstimmungssonntag

Mittwoch 16. März 17:00 Uhr
Einwohnerratssitzung
Gemeindehaus Herisau 1. Stock

Samstag 19. März 10:30 Uhr
Mitgliederversammlung EVP AR

Montag 21. März 8:15 Uhr
Kantonsratssitzung
Regierungsgebäude Herisau

Mittwoch 18. Mai 17:00 Uhr
Einwohnerratssitzung
Gemeindehaus Herisau 1. Stock

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Appenzell
www.evp-ar.ch

Redaktionsadresse
Egon Graf, Wiesen 2486
9100 Herisau
grafed@livenet.ch

Mitarbeitende an dieser Ausgabe
Egon Graf (eg), Mathias Steinhauer (ms)
Balz Ruprecht (br), David Ruprecht (dr),
Evelyn Hebeisen (eh)

Bilder
E. Graf, zur Verfügung , Internet, Zeichnungen: © Cla Gleiser/fortissimo.ch

Adressänderungen
Regula Compér, Wiesen 3026
9100 Herisau
info@evp-ar.ch

Auflage
420 Exemplare

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Druck
onlineprint24.ch

Parteispenden
Raiffeisenbank Appenzeller Hinterland,
PC 90-1573-2
Zugunsten von: EVP AR
IBAN: CH88 8101 1000 0077 9531 8

Auf den Punkt gebracht

Christsein in Öffentlichkeit und Politik

Christliche Werte wie Ehrlichkeit, Treue, Nächstenliebe und Zusammenhalt sind in unserer Gesellschaft stark am Zerfallen. Danach zu leben, gibt uns für christliche Politik die Sicht.
In Diskussionen den richtigen Blickwinkel zu behalten, was für Mitmensch, Umwelt und Gesellschaft richtig ist und was Jesus sagen würde, ist oft schwierig. Leider steht zu Dorf-, Kantons- oder Staatsfragen auch nicht „eins zu eins" eine Antwort in der Bibel. Es ist lohnenswert, statt der geballten Faust im Sack, sich als Christ fürs gute Zusammenleben einzusetzen.
Im Alltag als Familienfrau frage ich mich unter anderem: Kann ich die Betreuung meiner Kinder noch nach meinen Vorstellungen handhaben? Wie gehe ich mit Tagesstrukturen des Staates um? Es müssen viele Fakten zusammen getragen werden, um mit Verantwortlichen fair nach geeigneten Wegen zu suchen.
Wir wollen in der Öffentlichkeit mit Weisheit laut werden, damit unsere Wertvorstellungen für unsere Familie stimmen.

Evelyn Hebeisen
Kassierin und
ehem. Einwohnerrätin der EVP AR

Zum Schmunzeln oder Nachdenken...

Der beste Platz für einen Politiker ist das Wahlplakat, dort macht er eine Falle, er ist tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.

nach Loriot